

# AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Mai 2022

## Inhalt

<b>Nachrichten aus den EU-Institutionen .....</b>	<b>1</b>
EU-Kommission: Frühjahrspaket des Europäischen Semesters.....	1
EU-Kommission: Strategie für Kinderschutz im Netz und Gesetzesvorschlag gegen sexuellen Missbrauch.....	1
EU-Kommission: Plattform zur Jugendbeteiligung .....	1
EU-Kommission: Konsultationen über nachhaltigen Lebensmittelkonsum.....	2
EU-Parlament: Entschließung zu Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine auf Frauen.....	2
Konferenz zur Zukunft Europas abgeschlossen.....	2
EU-Kommission: Anerkennung von Covid-19 als Berufskrankheit.....	3
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten .....</b>	<b>3</b>
Österreich: Pflegereform beschlossen .....	3
Schweiz: Verlängerung des Programms zur Förderung von Kinderbetreuung .....	3
Frankreich: Umfrage zur psychischen Gesundheit von Kindern .....	4
Albanien: Mindestsicherung erhöht .....	4
Lettland: Probleme bei Reform des Wohngelds .....	4
Lettland: Jahresbericht über Menschenrechte .....	5
Spanien: Reform von Gesetzen zu sexueller und reproduktiver Gesundheit.....	5
<b>Weitere Nachrichten .....</b>	<b>5</b>
Eurochild: Stellungnahme zum Kinderschutz im Krieg und auf der Flucht.....	5
Aufruf für ein Abkommen gegen internationale Adoptionen während des Ukrainekrieges.....	6
Eurochild: Bericht über Aktivitäten im Jahr 2021 .....	6
Internationaler Tag der Pflegekräfte.....	7
<b>Berichte und Studien .....</b>	<b>7</b>
Eurochild und UNICEF: Diskussionspapier und Länderprofile zu Kindern auf der Flucht .....	7
UNICEF: Bericht zu räumlichen Dimensionen kindlichen Wohlbefindens .....	7
Eurostat: Bericht über nachhaltige Entwicklung in der EU .....	8
EU-Kommission: Monitoring der Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen.....	8
<b>Bevorstehende Veranstaltungen.....</b>	<b>9</b>



## Nachrichten aus den EU-Institutionen

### EU-Kommission: Frühjahrspaket des Europäischen Semesters

Die EU-Kommission hat am 23. Mai ihr Frühjahrspaket mit haushaltspolitischen Empfehlungen für die Mitgliedstaaten vorgelegt. Die Kommission ruft die Mitgliedstaaten zu einer vollständigen und raschen Umsetzung der Aufbau- und Resilienzpläne auf. Das Paket enthält dieses Jahr auch Empfehlungen dazu, wie über Reformen und Investitionen die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen im Einklang mit den Prioritäten von REPowerEU und dem europäischen Grünen Deal verringert werden soll. Hinsichtlich der Haushalts- bzw. -Schuldenlage schlägt die Kommission nicht vor, neue Defizitverfahren einzuleiten und stellt fest, dass die Bedingungen für die Beibehaltung der allgemeinen Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts im Jahr 2023 und für ihre Deaktivierung ab 2024 erfüllt seien.

Bereits am 19. Mai hatte die Kommission ihre Stellungnahme zur deutschen Haushaltsplanung 2022 angenommen.

- [2022 European Semester: Länderreport Deutschland](#)  
- [2022 European Semester: Spring Package Communication](#)  

### EU-Kommission: Strategie für Kinderschutz im Netz und Gesetzesvorschlag gegen sexuellen Missbrauch

Die EU-Kommission hat eine Strategie für ein besseres Internet für Kinder angenommen. Sie soll als digitaler Bestandteil der EU-Kinderrechtsstrategie den Kinderschutz im Internet und den Zugang zu altersgerechten digitalen Angeboten verbessern. Neben dem Schutz vor schädlichen und illegalen Inhalten soll die Strategie Kompetenzen vermitteln und die aktive Teilhabe von Kindern über das Internet erleichtern. Dazu sind Safer-Internet-Zentren geplant, die Trainings und Materialien für Kinder, Eltern und Lehrer:innen anbieten sollen. Gemeinsam mit der Strategie wurde ein Gesetzesvorschlag angenommen, der Maßnahmen für die Prävention und Bekämpfung von sexuellem Missbrauch und sexueller Ausbeutung on- und offline enthält. Darin ist vorgesehen, Messengerdienste und Plattformen zu einer Risikobewertung über Inhalte mit sexuellem Missbrauch oder die Kontaktabbahnung von Tätern über die eigenen Dienste zu veranlassen. Die Überprüfung der Risikobewertung soll durch nationale Behörden erfolgen und die Bewertung der Inhalte nach Indikatoren eines neu zu schaffenden EU-Zentrums zur Bekämpfung von sexuellem Missbrauch vorgenommen werden. Anbieter werden künftig verpflichtet sein, Inhalte sexuellen Missbrauchs zu entfernen und Inhalte an das EU-Zentrum zu melden.

- [Europäische Strategie für ein besseres Internet für Kinder](#) 
- [Factsheet zum Kampf gegen Kindesmissbrauch](#) 

### EU-Kommission: Plattform zur Jugendbeteiligung

Im Rahmen des Europäischen Jahres der Jugend hat die EU-Kommission eine Plattform gestartet, auf der Jugendliche ihre Wünsche für die Zukunft einbringen können. Die Plattform „Voice your vision“ ist in 3D gestaltet und interaktiv angelegt. Beiträge können auch im Audio-Format aufgezeichnet und hochgeladen werden. Neben der neuen Plattform zum Austausch unter jungen Menschen finden im Rahmen des Europäischen Jahres der Jugend auch Veranstaltungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen und staatlichen Einrichtungen statt.

- [Plattform "Voice your vision"](#) 
- [Deutsche Website zum Europäischen Jahr der Jugend](#)



## EU-Kommission: Konsultationen über nachhaltigen Lebensmittelkonsum

Aktuell laufen öffentliche Konsultationen über drei Initiativen im Rahmen der EU-Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ für einen nachhaltigeren Lebensmittelkonsum. Die EU-Kommission ruft Bürger:innen, zivilgesellschaftliche und öffentliche Akteure auf, sich bis zum 21. Juli an der Konsultation für ein nachhaltiges EU-Lebensmittelsystem zu beteiligen. Mit der Initiative soll der EU-Lebensmittelmarkt nachhaltiger gestaltet werden. Sie wird genaue Definitionen und Zielmarken enthalten, anhand derer die Fortschritte zu einem nachhaltigen Lebensmittelsystem überprüfbar sein werden. Geplant sind Vorschriften zur Nachhaltigkeitskennzeichnung von Lebensmitteln, über Nachhaltigkeitsstandards für die Beschaffung von Lebensmitteln und für die Steuerung und Überwachung der Nachhaltigkeitsrichtlinien.

Bis zum 28. Juli können Interessierte sich an der Konsultation zur Überarbeitung des EU-Schulprogramms für Obst, Gemüse und Milch beteiligen. Das Programm fördert deren Abgabe an Schulen gemeinsam mit Bildungsmaßnahmen zu gesunder Ernährung und Landwirtschaft. Die Überarbeitung soll das Programm in Einklang mit der Strategie für einen nachhaltigen Lebensmittelkonsum bringen.

Auch über Möglichkeiten zur Verringerung der Lebensmittelverschwendung in der EU läuft aktuell eine Konsultation. Diese endet am 16. August.

- [EU-Kommission: Konsultation für ein nachhaltiges EU-Lebensmittelsystem](#)
- [EU-Kommission: Konsultation zur Überarbeitung des Schulprogramms für Obst, Gemüse und Milch](#)
- [EU-Kommission: Konsultation zur Verringerung der Lebensmittelverschwendung](#)

## EU-Parlament: Entschließung zu Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine auf Frauen

Das EU-Parlament hat sich auf eine Entschließung zur Situation von Frauen im Krieg gegen die Ukraine und auf der Flucht von dort geeinigt. In beiden Situationen seien Frauen besonderen Gefahren ausgesetzt: Berichte über sexuelle Gewalt als Kriegswaffe in Form von Vergewaltigungen, sexueller Belästigung und Folter durch die russische Armee häuften sich. Auch der Menschenhandel mit geflüchteten Frauen aus der Ukraine sei ein ernstzunehmendes Problem. Zudem sei die kommerzielle Leihmutterchaft in der Ukraine legal, sodass die besondere Situation von Leihmüttern beachtet werden müsse: Der Menschenhandel zum Zweck der Fortpflanzung einbezogen werden. Das EU-Parlament fordert die Kommission daher auf, die Strategien zum Schutz von Frauen und Kindern gegen sexuelle Gewalt und Ausbeutung zu überprüfen und darzustellen. Sie solle zeigen, wie sie die aufnehmenden Länder bei der Versorgung von Frauen mit gesundheitlichen und sozialen Diensten unterstütze. Die Kommission wird außerdem aufgefordert, über ihren Beitrag zur Aufklärung dieser Kriegsverbrechen und ihre mittelfristige Strategie zur Verbesserung der Situation geflüchteter Frauen Bericht zu erstatten.

- [EU-Parlament: Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine auf Frauen](#) 

## Konferenz zur Zukunft Europas abgeschlossen

Am 9. Mai ist die Konferenz zur Zukunft Europas zu Ende gegangen. Die Teilnehmer:innen der Bürgerbeteiligungsinitiative haben sich auf 49 Vorschläge zu den Themenbereichen Klimawandel und Umwelt, Gesundheit, Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit, die EU in der Welt, Werte und Rechte, digitale Transformation, Europäische Demokratie, Migration sowie Bildung und Kultur geeinigt. Sie wurden auf der mehrsprachigen digitalen Plattform zur Konferenz, in nationalen Bürgerforen und mehreren Plenarveranstaltungen erarbeitet. Im Rahmen der Abschlusszeremonie wurden die Vorschläge an Vertreter:innen des Parlaments, des Rates und der

Kommission übergeben. Die drei EU-Institutionen prüfen nun Möglichkeiten der Umsetzung im Rahmen ihrer jeweiligen Kompetenzen und in Abstimmungen mit den geltenden EU-Verträgen. In einem Abschlussbericht sind neben den Vorschlägen selbst die Abläufe zu ihrer Erarbeitung und Abstimmung in den verschiedenen Beteiligungsformen detailliert dargestellt. Zu jedem Vorschlag der Konferenz sind konkrete Maßnahmen formuliert, wie dieser umgesetzt werden kann.

- [Bericht über das Endergebnis der Konferenz zur Zukunft Europas](#) 

### EU-Kommission: Anerkennung von Covid-19 als Berufskrankheit

Die EU-Kommission wird Covid-19 in ihre Empfehlung zu Berufskrankheiten aufnehmen. Dazu wurde im Ausschuss für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (ACSH) eine Einigung zwischen den Mitgliedstaaten und den Sozialpartnern gefunden. Insbesondere Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialwesen hätten ein erhöhtes Risiko, sich am Arbeitsplatz mit Covid-19 anzustecken. In der Pandemie stelle die Ansteckung am Arbeitsplatz in allen Berufen mit hoher Kontaktdichte ein Berufsrisiko dar. Die Anerkennung und Entschädigung von Berufskrankheiten liegen im Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten. Mit der Aktualisierung der Empfehlung soll dazu beigetragen werden, die Anerkennung von Covid-19 als Berufskrankheit EU-weit umzusetzen. Dieser Schritt ist Bestandteil des Strategischen Rahmens der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, mit dem die Situation von Arbeitnehmer:innen EU-weit angeglichen und verbessert werden soll.

- [ACSH: Stellungnahme zu COVID-19 als Berufskrankheit](#)  
- [Strategischer Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2021–2027](#)

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

---

### Österreich: Pflegereform beschlossen

Die österreichische Regierung hat eine umfassende Reform der Pflege beschlossen, die Verbesserungen in der Ausbildung und Arbeit sowie der Versorgungssituation bringen soll. Dafür sind Investitionen von insgesamt einer Milliarde Euro in diesem und dem kommenden Jahr geplant. Um die Ausbildung in Pflegeberufen attraktiver zu machen, sind ein Ausbildungszuschuss von 600 Euro monatlich und ein Pflegestipendium von 1.400 Euro monatlich für Quer- und Wiedereinsteiger:innen geplant. Auch die Arbeitsbedingungen für die ausgebildeten Pflegekräfte sollen sich verbessern: Zunächst auf zwei Jahre befristet ist ein Gehaltsbonus geplant, dessen Höhe das zuständige Ministerium noch nicht bekannt gegeben hat. Mitarbeitende ab dem 43. Lebensjahr sollen Anspruch auf eine Entlastungswoche zusätzlich zu ihrem regulären Urlaub erhalten. Für Fachkräfte aus dem Ausland sind Erleichterungen in der Gewährung von Arbeitserlaubnissen und Anerkennung von Abschlüssen geplant. Für Betroffene und Angehörige ist eine Erhöhung von Pflegegeld und Pflegekarenz geplant. Außerdem soll ein Angehörigenbonus für pflegende Angehörige geschaffen werden.

- [Sozialministerium Österreich: Informationen zur Pflegereform](#)

### Schweiz: Verlängerung des Programms zur Förderung von Kinderbetreuung

Der Bundesrat der Schweiz hat beschlossen, das Impulsprogramm des Bundes zur Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung zu verlängern. Das befristete Programm soll in eine dauerhafte Förderung



der außerfamiliären Kinderbetreuung in der Schweiz überführt werden. Da das dafür notwendige Gesetz noch nicht ausgearbeitet ist, soll das Impulsprogramm weiterlaufen, bis die Nachfolgelösung implementiert werden kann. Im Rahmen des Programms werden Kantone finanziell dabei unterstützt, Betreuungsplätze zu schaffen. Es beinhaltet außerdem Anreize zur Förderung kostengünstiger Betreuung und soll dazu beitragen, das Angebot auf die Bedürfnisse der Eltern abzustimmen. Zur genauen Ausgestaltung der Nachfolgeregelung wurde noch keine Stellungnahme abgegeben.

- [Stellungnahme des Schweizer Bundesrates zur Verlängerung der Förderung von Kinderbetreuung](#) 

### Frankreich: Umfrage zur psychischen Gesundheit von Kindern

Die französische Behörde für öffentliche Gesundheit, Santé Publique, hat eine Umfrage zur psychischen Gesundheit von Kindern gestartet. Sie soll dazu beitragen, die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf das Wohlbefinden von Kindern zu erfassen und entsprechende Maßnahmen zu planen. Ca. 30.000 Kinder zwischen drei und elf Jahren werden bis Ende Juni mit verschiedenen altersgerechten Erhebungsformen befragt. Auch die Einschätzungen von Eltern und Lehrkräften werden einbezogen. Erste Ergebnisse sind für Ende des Jahres angekündigt.

### Albanien: Mindestsicherung erhöht

Seit Beginn des Jahres erhalten Empfänger:innen von Mindestsicherung in Albanien höhere Leistungen. Die Mindestsicherung in Albanien ist gegliedert in eine allgemeine Leistung für alle Bedürftigen und Leistungen speziell für z.B. Kinder in Pflegefamilien oder Heimen, Familien mit drei oder mehr Kindern oder Betroffene von häuslicher Gewalt. Im Jahr 2021 fielen rund 1.800 Beziehende in eine dieser speziellen Gruppen von Berechtigten. Mit rund 65.500 Beziehenden entfällt ein Großteil der Zahlungen von Mindestsicherung auf die Gruppe derer, die allein aufgrund von Armut berechtigt sind. Die durchschnittlichen Leistungen für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 18 Jahren betrug im Jahr 2019 monatlich 5.225 albanische Lek (ca. 43 Euro). Für Familien mit mehr als drei Kindern unter 18 Jahren wurden die Sozialleistungen seit Anfang des Jahres verdoppelt, ebenso für alle Waisen, die nicht in institutioneller Unterbringung leben. Für Überlebende von Menschenhandel und häuslicher Gewalt wurden die Leistungen verdreifacht. Die allgemeine Mindestsicherung wurde um 10 Prozent erhöht.

- [Bericht zu Erhöhungen von Leistungen der Mindestsicherung in Albanien](#)  

### Lettland: Probleme bei Reform des Wohngelds

Nach einer Reform des Wohngelds in Lettland sind Probleme aufgetreten, die sich durch die steigenden Energiekosten noch verschärft haben. Bis zum vergangenen Jahr wurde der Anspruch auf Wohngeld in Lettland nach einer Formel errechnet, die das Verhältnis von Haushaltseinkommen und Wohnkosten in Relation zum Mindesteinkommen für den entsprechenden Haushaltstyp setzt. Da das Wohngeld in Lettland kommunal verwaltet wird, konnten bei der Berechnung regionale Faktoren wie hohe Mieten einbezogen werden. Das Mindesteinkommen konnte bis zur Reform in der Berechnung auch unterschiedlich gewichtet werden, um bestimmten Gruppen wie Renter:innen, großen Familien und Familien mit Mitgliedern mit Behinderungen finanzielle Vorteile zu gewähren. Mit der Reform im letzten Jahr wurde das Berechnungssystem vereinheitlicht, sodass für einige Gruppen in bestimmten Regionen das Wohngeld stark gekürzt wurde oder sie gar keinen Anspruch mehr hatten. Da zugleich die Energiekosten stark gestiegen sind, hat Lettland eine Übergangslösung

geschaffen. Sie soll sicherstellen, dass Bürger:innen ihre Miet- und Nebenkosten bezahlen können. Es wird in der Berechnung nun ein höheres Mindesteinkommen angenommen, um die Zahl der Berechtigten wieder zu erweitern. Die Kommunen erhalten außerdem zusätzliche Mittel in Höhe von 50 Prozent ihrer Ausgaben für Wohngeld. Die Maßnahme ist bis zum Ende des Jahres befristet. Eine langfristige Lösung muss noch gefunden werden.

### Letland: Jahresbericht über Menschenrechte

Der Beauftragte für Menschenrechte in Lettland hat den Jahresbericht für 2021 veröffentlicht. Das Land sei auch in diesem Jahr stark von der Coronakrise geprägt gewesen, sodass das Recht auf umfassende Gesundheitsversorgung und Gesundheitsschutz durch die Überlastung der Gesundheitssysteme gefährdet worden sei. Weitere Herausforderungen bildeten die Inklusion von Menschen mit Behinderungen, Diskriminierungsschutz und Geschlechtergerechtigkeit sowie die Situation Geflüchteter an der Grenze zu Belarus.

Zur Situation von Roma in Lettland hat der Menschenrechtsbeauftragte eine eigene Untersuchung durchgeführt. Ein zentrales Ergebnis sei es, dass die Zusammenarbeit lokaler Behörden mit Vertreter:innen aus den Communities entscheidend für die gesellschaftliche Teilhabe der Roma sei. Der Bildungserfolg der Kinder müsse bereits ab dem Vorschulalter gefördert werden, um Chancengleichheit zu gewährleisten. Die Wohnverhältnisse der Roma in Lettland seien insgesamt noch nicht angemessen, was den Zustand der Gebäude und ausreichenden Wohnraum betrifft. Die Versorgung mit Sozialleistungen sei weitgehend gewährleistet. Allerdings bliebe ein Großteil der betroffenen Familien langfristig abhängig von staatlicher Unterstützung.

- [Jahresbericht über Menschenrechte in Lettland](#)  
- [Bericht über Situation der Roma in Lettland](#)  

### Spanien: Reform von Gesetzen zu sexueller und reproduktiver Gesundheit

Auf Initiative der Gleichstellungsministerin plant die spanische Regierung eine Reform verschiedener Gesetze im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit. So soll es künftig zusätzliche bezahlte Krankentage für Frauen geben, die unter starken Menstruationsbeschwerden leiden. Drei zusätzliche bezahlte Krankentage pro Monat sollen möglich sein, bei besonders schweren Fällen bis zu fünf Tage. Betroffene Frauen müssten ein ärztliches Attest vorlegen, um den Arbeitsausfall aus Krankheitsgründen anerkannt und bezahlt zu bekommen. Bei der Umsetzung dieser Pläne wäre Spanien der erste EU-Mitgliedstaat mit einer solchen Regelung. Kritiker:innen der Initiative wenden ein, dass die Neuerungen Frauen auf dem Arbeitsmarkt weitere Wettbewerbsnachteile verschaffen könnte. Mit der Reform sollen außerdem Schwangerschaftsabbrüche für Frauen ab 16 Jahren legalisiert werden. Abtreibungen sind in Spanien bis zur 14. Woche bereits legal, jedoch nur für volljährige Frauen. Mit der Reform sollen sie zu einer kostenlosen Leistung der öffentlichen Gesundheit erklärt werden. Sie sieht außerdem die Senkung der Mehrwertsteuer für Menstruationshygieneartikel von zehn auf vier Prozent vor.

## Weitere Nachrichten

---

### Eurochild: Stellungnahme zum Kinderschutz im Krieg und auf der Flucht

In einer aktuellen Stellungnahme berichtet Eurochild über die neuesten Initiativen zum Schutz von Kindern in der Ukraine und auf der Flucht. In regelmäßigen Veranstaltungen, den „Open Spaces for Solidarity“, tauschen sich die

Mitglieder des Netzwerks über Entwicklungen der Lage und Unterstützungsmöglichkeiten aus. Für aktuelle Informationen zur Situation von Kindern in der Ukraine und auf der Flucht hat Eurochild die Website „Solidarity Hub“ eingerichtet (s. [EuropaNews 03/22](#)). In Zusammenarbeit mit UNICEF hat Eurochild Länderprofile für 13 Staaten erstellt, in denen die Situation unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter genau dargestellt wird. Neben diesen letzten Aktivitäten enthält die Stellungnahme Grundprinzipien, nach denen der Kinderschutz für Kinder in der Ukraine und auf der Flucht gestaltet werden sollte. Es bräuchten alle ukrainischen Kinder Unterstützung, je nach ihrer Lebenssituation in unterschiedlicher Form. Kinder, die in der Ukraine in Pflegeeinrichtungen untergebracht waren, sollten entsprechend der europäischen Ziele zur Deinstitutionalisierung in Familien und anderen gemeinschaftlichen Wohnformen untergebracht werden. Es müsse Angebote zur psychischen Unterstützung und Traumabewältigung für alle geflüchteten Kinder aus der Ukraine geben. Der Zugang zu grundlegenden Angeboten wie Betreuung, Bildung und Gesundheitsversorgung müsse sichergestellt werden. Eurochild weist darauf hin, dass die aktuelle Krise für den Kinderschutz auch eine Gelegenheit sei, langfristige Strategien für Kinderrechte in Europa umzusetzen.

- [Stellungnahme "War in Ukraine. Putting children first."](#) 

### Aufruf für ein Abkommen gegen internationale Adoptionen während des Ukrainekrieges

Die Alliance for Child Protection in Humanitarian Action hat einen Aufruf veröffentlicht, in dem sie ein Abkommen gegen internationale Adoptionen ukrainischer Kinder im Krieg und auf der Flucht fordert. Der Aufruf wird von über 40 Kinder- und Menschenrechtsorganisationen unterstützt, darunter UNICEF, Save the Children, Eurochild und die SOS Kinderdörfer. Sie weisen darauf hin, dass die ukrainische Regierung internationale Adoptionen aktuell ausgesetzt hat und fordern Staaten und internationale Organisationen auf, zu dieser Frage ein Abkommen zu schließen. Sie weisen darauf hin, dass Kinder während bewaffneter Konflikte und anderen Notlagen häufig von ihren Familien getrennt würden und nicht davon ausgegangen werden könne, dass sie Waisen sind. Adoptionen sollten ausgehend von der Situation des Kindes genehmigt werden. Zunächst müsse also geklärt werden, ob dafür ein Bedarf bestehe. Die Adoption in andere Staaten sollte nur dann erwogen werden, wenn im Herkunftsland der Kinder alle Optionen ausgeschöpft sind. Die Suche nach den Familien, Versuche der Familienzusammenführung und Lösungen wie Pflegefamilien und Adoptionen im Herkunftsland sollten priorisiert werden. In Kriegen und anderen Notsituationen sei es beinahe unmöglich, die UNCHR Richtlinie für internationale Adoptionen einzuhalten.

- [Call for a moratorium on intercountry adoption in response to the conflict in Ukraine](#) 



### Eurochild: Bericht über Aktivitäten im Jahr 2021

Eurochild hat seinen Jahresbericht veröffentlicht. Die Website zu den Fortschritten des Jahres 2021 ist in die Bereiche Kinderarmut, Beteiligung von Kindern, frühe Kindheit und Kinder in außerfamiliärer Unterbringung aufgeteilt. Unter anderem verweist das Netzwerk zum Kampf gegen Kinderarmut auf seine Kampagne #CanWeBelieveinYou, seine Beiträge zur Nutzung der Mittel aus dem ESF+ für Programme gegen Kinderarmut sowie zur Umsetzung der EU-Kindergarantie. Für die Garantie hat Eurochild eine kinderfreundliche Version erstellt und sich außerdem mit seinem Kinderrat, Trainings für Mitarbeitende der EU-Kommission und im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas für die politische Beteiligung von Kindern eingesetzt.

- [Eurochild: Jahresbericht 2021](#) 

## Internationaler Tag der Pflegekräfte

Am 12. Mai findet jährlich der internationale Aktionstag der Pflegekräfte statt. Er soll die Arbeit von Pflegekräften wertschätzen und Aufmerksamkeit für die Herausforderungen im Pflegesektor schaffen. Im Englischen als „International Nurses Day“ bezeichnet, bezieht er sich auf die professionelle Pflege. In diesem Jahr stand der Aktionstag unter dem Motto „Nurses: A Voice to Lead – Invest in nursing and respect the rights to secure global health“. Der International Council of Nurses (ICN) macht damit darauf aufmerksam, dass die Wertschätzung für Pflegeberufe und Investitionen in bessere Arbeitsbedingungen nicht nur den Pflegekräften zugutekommen. Sie seien auch eine Voraussetzung für eine ausreichende und krisenfeste Gesundheitsversorgung. Die WHO weist darauf hin, dass weltweit neun Millionen Pflegekräfte fehlten, um die gesundheitsbezogenen Nachhaltigkeitsziele bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Besonders vom Mangel an Pflegekräften betroffen seien afrikanische und südostasiatische Länder.

- [ICN: International Nurses Day 2022](#) 
- [WHO: Factsheet Nursing and Midwifery](#) 

## Berichte und Studien

---

### Eurochild und UNICEF: Diskussionspapier und Länderprofile zu Kindern auf der Flucht

Eurochild und UNICEF haben eine Analyse der Aufnahmebedingungen in Europa für unbegleitete minderjährige Geflüchtete aus der Ukraine durchgeführt und die Ergebnisse in einem Diskussionspapier und 13 Länderprofilen veröffentlicht. Das Diskussionspapier fokussiert vor allem die verschiedenen Umstände unbegleiteter Minderjähriger und den jeweiligen Herausforderungen für ihre Betreuung und Unterbringung, Vormundschaft und den Kinderschutz. Aufgrund der erleichterten Einreise für ukrainische Geflüchtete reisten einige Kinder ohne Registrierung in die EU ein. Viele dieser Kinder seien in Begleitung Erwachsener, jedoch von keinem rechtlichen Vormund oder Erziehungsberechtigten. Die Identifikation unbegleiteter Minderjähriger, die eventuell Unterstützung und Schutz bräuchten, werde dadurch erschwert. Bei Kindern, die in Gruppen mit Organisationen aus der Ukraine einreisten, müsse geklärt werden, ob die Betreuenden auch eine legale Vormundschaft übernommen hätten. Die Klärung der Verantwortlichkeiten sei entscheidend, um Kinder vor irregulärer Adoption und Menschenhandel zu schützen. Die Länderprofile zur Aufnahme unbegleiteter Minderjähriger wurden für Tschechien, Estland, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Italien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, die Slowakei, Spanien und Großbritannien erstellt. Darin werden rechtliche Rahmenbedingungen in den aufnehmenden Staaten, verantwortliche Institutionen und eventuelle Abkommen zum Umgang mit unbegleiteten Minderjährigen mit der Ukraine genau dargestellt.

- [Eurochild & UNICEF: Diskussionspapier zur Aufnahme unbegleiteter Minderjähriger](#)  
- [Länderprofile zur Aufnahme unbegleiteter Minderjähriger](#) 

### UNICEF: Bericht zu räumlichen Dimensionen kindlichen Wohlbefindens

UNICEF hat einen Bericht herausgegeben, in dem die Auswirkungen von Umgebungen und Umwelt auf das Wohlbefinden von Kindern dargestellt werden. Die räumliche Umgebung wird dabei in die Welt des Kindes, um das Kind herum und die Welt als Ganzes eingeteilt. Auf jeder Ebene werden verschiedene Faktoren für das



Wohlbefinden betrachtet: Luftqualität, Wasser und Nahrungsmittel, Licht und Lärm, Wärme und Kälte werden in der „Welt des Kindes“ angesiedelt. Die „Welt um das Kind“ herum umfasst Wohnraumsituation, Grünflächen, Schulen, Verkehr und Umweltrisiken. Die politischen Bedingungen dieser beiden lokalen Dimensionen werden auf der Ebene „die Welt als Ganzes“ betrachtet. Mit diesem Design soll der Zusammenhang regionaler und globaler Entwicklungen dargestellt werden. Innerhalb der einzelnen Ebenen werden die Daten der OECD-Staaten vergleichend aufgeführt. Anschließend werden die Zusammenhänge gezeigt, wie z.B. von globaler und lokaler Luftverschmutzung. Darüber hinaus werden Empfehlungen zur Verbesserung der Umgebungen und Umwelt von Kindern gegeben: Das Wohlergehen von Kindern müsse jetzt fokussiert werden; dabei würde zugleich an einer nachhaltigen Zukunft gearbeitet. Im Zentrum müssten dabei jene Kinder stehen, die von schädlichen Lebensumständen und Klimaveränderungen am stärksten betroffen sind. Umweltpolitische Entscheidungen sollten die Auswirkungen auf das Kindeswohl berücksichtigen.

- [UNICEF: Places and Spaces. Environments and children's well-being](#)  

### Eurostat: Bericht über nachhaltige Entwicklung in der EU

Das statistische Amt der EU Eurostat hat seinen aktuellen Bericht zu den Fortschritten der EU im Bericht der Nachhaltigkeit veröffentlicht. Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN bis zum Jahr 2030 umzusetzen. Besonders in den Bereichen Friedenssicherung, Zugang zu Justiz und Vertrauen in Institutionen habe die EU deutliche Fortschritte gemacht. Trotz der Pandemie zeige auch der Bereich Wirtschaft und Arbeitsmarkt positive Entwicklungen. Die positive Beurteilung des Ausbaus sauberer Energien sei zum Teil auf den gesunkenen Energieverbrauch durch die Pandemie zu erklären. Jedoch habe sich die Nutzung erneuerbarer Energien im Vergleich zum Jahr 2005 bereits verdoppelt. Nur geringe Fortschritte wurden z.B. im Hinblick auf die Ziele hochwertige Bildung, Geschlechtergerechtigkeit, verringerte Ungleichheiten und Klimabewegungen erzielt. In den Bereichen der Artenvielfalt an Land, der Wasserqualität und der strategischen Zusammenarbeit wurden Rückschritte festgestellt. Neben einer genauen Darstellung der Entwicklungen für jedes der 17 Ziele enthält der Bericht eine Übersicht der Entwicklungen in den EU-Mitgliedstaaten.

- [Eurostat: Sustainable development in the EU](#)  

### EU-Kommission: Monitoring der Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Die EU-Kommission hat das erste Monitoring über den Fortschritt der EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen veröffentlicht. Die Strategie wurde im vergangenen Jahr gestartet, um der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen eine menschenrechtsbasierte Grundlage zu geben. Der bisherige Fortschritt der Strategie wird im Monitoring anhand der Kriterien Zugänglichkeit, EU-Rechte, Lebensqualität und unabhängiges Leben, Gleichberechtigung und Nicht-Diskriminierung, weltweite Förderung der Rechte von Menschen mit Behinderungen, effektive Umsetzung, Diversität und Zugänglichkeit innerhalb der EU-Kommission und Aufklärungsarbeit beurteilt. Unter jedem dieser Punkte werden die zugehörigen konkreten Maßnahmen aufgeführt sowie über den geplanten Zeitrahmen und den bisher erzielten Fortschritt berichtet. Außerdem sind weiterführende Informationen verlinkt.

- [EU-Kommission: Monitoring zur EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen](#) 

## Bevorstehende Veranstaltungen

Datum / Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
1. Juni 2022 Online	<a href="#">A way forward towards family-based care</a>	Eurochild
8. Juni 2022 Online	<a href="#">Labour markets post-COVID: Are we emerging greener and more inclusive?</a>	OECD
14.-16. Juni 2022 Pantin, Frankreich	<a href="#">Urbact City Festival 2022</a>	EU Fonds für Regionale Entwicklung, Französische Präsidentschaft im Rat der EU
17. Juni 2022	<a href="#">Detox Masculinity – und dann...?</a>	Dachverband Schweizer Männer- und Väterorganisationen
27. Sept. 2022 Berlin	Europäisches Fachgespräch zur Umsetzung der Europäischen Kindergarantie	AGF / COFACE Families Europe
13. Okt. 2022 Ibiza, Spanien	<a href="#">IAFL Introduction to European Family Law Conference</a>	International Academy of Family Lawyers

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist bei der COFACE Families Europe und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·  
Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78  
E-Mail: [europa@ag-familie.de](mailto:europa@ag-familie.de) · Web: <http://ag-familie.de>  
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

